

---

# NIEDERSCHRIFT

## Niederschrift Nr. 3

### Ausschuss für Arbeit, Soziales und Familie

am 19.08.2008

### Freiherr-vom-Stein-Saal II/III

Beginn 16:00 Uhr

#### Stimmberechtigte Mitglieder

##### Kreistagsmitglieder

Ursula Lindstedt  
Ursula Erdelkamp  
Christina Zubrytzki  
Ute Giedinghagen  
Elisabeth Schwarz  
Annelies Schwarzer  
Ursula Sopora  
Paul Wisniewski  
Jochen Nadolski-Voigt  
Heike Schaumann  
Manuela Veit  
Jörg Sieger  
Dieter Drescher  
Claudia Gebhard

##### sachkundige Bürger

Christel Jachmann  
Eleonore Köth-Feige  
Bodo Freund  
Rita Schröder  
Gabriele Wentzek  
Hermann Puls

#### Von der Verwaltung

Herr Sparbrod, Dez. III  
Herr Diekmännken, L FB 50  
Herr Risse, FB 50  
Frau Grewe, FB 50  
Frau Raupach, RAA  
Frau Madlewski-Lang, RAA  
Frau Rauert, L PK  
Herr Vertgewall, Schriftführer

#### Gäste- und Zuhörer/innen

Herr Erdmann, Geschäftsführer der SPD-Kreistagsfraktion  
Herr Wette, Geschäftsführer der FDP-Kreistagsfraktion  
Herr Naujoks, Geschäftsführer der Gruppe DIE LINKE.  
Herr Dr. Dannebom, Geschäftsführer der WFG Kreis Unna  
Herr Nagusch, Wirtschaftsförderung der Stadt Dortmund  
Herr Ringelsiep, ARGE Kreis Unna  
Vertreter der örtlichen Presse

Herr Nadolski-Voigt begrüßt die anwesenden Damen und Herren und eröffnet die Sitzung. Er stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Änderungen in der Tagesordnung ergeben sich nicht, so dass wie folgt beraten wird:

## **T a g e s o r d n u n g**

### **Öffentlicher Teil**

#### **Punkt 1**

103/08

Gründung der Mikrofinanzgenossenschaft (Mikro eG) durch die WFG  
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 01.07.2008

#### **Punkt 2**

ARGE Kreis Unna

#### **Punkt 2.1**

Aktuelle Informationen zur Umsetzung des SGB II  
- mündlicher Bericht -

#### **Punkt 2.2**

123/08

Regionale arbeitsmarktpolitische Kompetenz sichern und ausbauen;  
Antrag der SPD-Fraktion vom 07.08.2008

#### **Punkt 3**

Gesetz zur Umsetzung der Föderalismusreform auf dem Gebiet des Heimrechts  
Vorstellung der Eckpunkte des Gesetzes über das Wohnen mit Assistenz und Pflege in  
Einrichtungen (Wohn- und Teilhabegesetz)

- mündlicher Bericht der Verwaltung -

#### **Punkt 4**

RAA

Vorstellung des Projektes „Zum Lesen geboren“

- mündlicher Bericht der Verwaltung -

#### **Punkt 5**

122/08

Zukunft der Arbeitslosenzentren im Kreis Unna;

Antrag der SPD-Fraktion vom 05.08.2008

#### **Punkt 6**

121/08

Charta der Rechte hilfe- und pflegebedürftiger Menschen;

Antrag der SPD-Fraktion vom 05.08.2008

#### **Punkt 7**

120/08

Richtlinien zur Gewährung angemessener Heizkosten nach dem SGB II und SGB XII

#### **Punkt 8**

114/08

Zuschuss zur Unterstützung modellhafter Sozialarbeit

#### **Punkt 9**

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

### **Öffentlicher Teil**

#### **Punkt 1**

103/08

Gründung der Mikrofinanzgenossenschaft (Mikro eG) durch die WFG

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 01.07.2008

#### **Erörterung**

Herr Nadolski-Voigt begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt besonders Herrn Nagusch von der Wirtschaftsförderung der Stadt Dortmund und Herrn Dr. Dannebom von der Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Unna.

Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wird von Frau Wentzek noch einmal näher erläutert. Aus Sicht ihrer Fraktion sei es wünschenswert, wenn der Ausschuss dem Vorhaben mehrheitlich zustimmen und damit den weiteren Weg bereiten würde.

Herr Nagusch, Wirtschaftsförderung der Stadt Dortmund, stellt im Anschluss das Mikrofinanz-Projekt „Nordhand eG“ anhand einer Präsentation (**als Anlage 1 der Niederschrift beigefügt**) ausführlich vor und geht weiter auf die Fragen der Ausschussmitglieder ein. Für das Gelingen eines solchen Projektes sei es aus seiner Sicht besonders wichtig, dass einerseits eine gewisse Substanz vor Ort vorgefunden werde und es sich zudem um eine kleine räumliche Einheit handele.

Die Thematik sei sehr spannend, so Herr Nadolski-Voigt, und es sei nun notwendig, diese Idee weiter zu entwickeln.

Herr Dr. Dannebom stellt anschließend kurz die Position der Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Unna (WFG) vor. Sicherlich handele es sich vom Grundsatz her um eine sehr interessante Angelegenheit. Der Vortrag habe aber auch gezeigt, dass man sehr ins Detail gehen und auch eine zeitliche Beobachtung des Ganzen vornehmen müsse. Dabei sei es notwendig, entsprechende Erfahrungswerte zu sammeln. In der Tat habe man im Kreis Unna nicht die räumlichen Gegebenheiten, wie sie in der Dortmunder Nordstadt vorhanden seien. An dieser Stelle könne man für den Kreis allerdings die Erfahrungen des Existenzgründungsbüros einbringen, die man in den vergangenen Jahren gemacht habe. Demnach liege ein Problem in der hohen Fluktuation und damit verbunden auch in der oftmals nicht vorhandenen Substanz. Der Vorlage habe er entnommen, dass eine Mindestanzahl an vergebenen Krediten erforderlich sei, und hier stelle sich dann die Frage, in welcher Form eine Anschubfinanzierung erfolgen könne. Eine direkte Finanzierung sei aus seiner Sicht nicht möglich; denkbar wäre jedoch die Schaffung entsprechender Strukturen. Erwähnen wolle er noch, dass die NRW-Bank mittlerweile auf diesen Bereich aufmerksam geworden sei und sich von dort ein sog. NRW-EU-Mikrodarlehn in Vorbereitung befinde. Festgehalten werden könne, dass man so ein Projekt nicht für unmöglich halte, Vorstrukturierungen für eine solche oder ähnliche Konstruktionen aber unabweisbar seien.

Herr Nagusch weist noch einmal ausdrücklich darauf hin, dass die Wirtschaftsförderung Dortmund nicht Mitglied der „Nordhand eG“ sei, zumal dieses aufgrund der gesetzlichen Bestimmungen des § 107 der Gemeindeordnung NRW auch gar nicht möglich wäre. Es handele sich ausschließlich um ein additives Instrument und stelle keinen Bankenersatz dar. Für eine Anschubfinanzierung seien natürlich finanzielle Mittel notwendig. Hier gehe man durchaus auch von einem Zeitraum von drei bis vier Jahren aus, um ein höheres Kreditvolumen zu generieren.

Ihrer Fraktion sei bewusst, so Frau Wentzek in Bezug auf die Ausführungen von Herrn Dr. Dannebom, dass die WFG keine Kredite vergeben könne. Es gehe vielmehr um einen Beratungsauftrag, der Bestandteil des Gesamtkonzeptes sei. Nun sei es daran, einen Vorschlag zu erarbeiten, der dann in die weitere Diskussion getragen werden könne.

Für die SPD-Fraktion erklärt Frau Lindstedt, dass man dem Antrag zwar aus formeller Sicht nicht zustimmen könne, da man dem Aufsichtsrat der WFG gegenüber nicht weisungsbefugt sei, der Antrag aber eine Menge überlegenswerter Dinge enthalte. Insofern wäre es wünschenswert, sich darauf zu verständigen, die WFG zu bitten, sich der Angelegenheit anzunehmen und zu prüfen, ob es möglicherweise im Kreis Unna einen solchen Bedarf gebe. Gegebenenfalls könne dann vielleicht auch eine entsprechende Konzeption entwickelt werden.

Für die CDU-Fraktion teilt Frau Giedinghagen mit, dass man die Idee zur Mikrofinanzgesellschaft zur Zeit als gut und richtig einstufe. Dennoch habe man auch die verschiedenen Ansichten aufmerksam zur Kenntnis genommen. Es bleibe zu prüfen, welche Möglichkeiten es gebe, um eine solche Institution einzurichten. Vielleicht könne über dieses Thema auch in einer der kommenden Ausschusssitzungen noch einmal berichtet werden.

Da es sich auch um eine Art „Hilfe zur Selbsthilfe“ handeln würde, so Frau Schaumann, stehe auch die FDP-Fraktion der Idee grundsätzlich positiv gegenüber. Allerdings sehe sie ein ziemliches Problem darin, ein vergleichbares System auf den Kreis Unna zu übertragen, da hier doch andere Strukturen vorhanden seien. Insofern müsse man wahrscheinlich auch ganz andere Kriterien ansetzen.

Herr Sparbrod greift zum Ende der Diskussion noch einmal den Vorschlag von Herrn Dr. Dannebom auf, die Angelegenheit von Seiten der WFG mitzunehmen und zu prüfen, ob, und wenn ja, in welcher Form eine solche Konzeption für den Kreis Unna möglich sei. Nach einer gewissen Zeit könne dann entweder hier im Ausschuss oder aber im Aufsichtsrat der Wirtschaftsförderungsgesellschaft darüber gesprochen werden.

In Absprache mit der WFG trifft der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Familie die Vereinbarung, zu Beginn des kommenden Jahres noch einmal auf die Angelegenheit zurück zu kommen, und in dem Zusammenhang dann erste Konzeptmöglichkeiten zu diskutieren. Ein weitergehender Beschluss wird zum jetzigen Zeitpunkt nicht gefasst.

## **Punkt 2**

ARGE Kreis Unna

### **Punkt 2.1**

Aktuelle Informationen zur Umsetzung des SGB II

- mündlicher Bericht -

### **Erörterung**

Herr Ringelsiep berichtet kurz und in vier Punkten über aktuelle Themen bezüglich der Umsetzung des Sozialgesetzbuches II.

Seit Mitte Juli diesen Jahres gebe es hinsichtlich der Arbeitsgemeinschaften einen Beschluss der Arbeits- u. Sozialminister der Länder und des Bundesarbeitsministeriums, der besagt, dass man nun sowohl die ARGE

als auch die Optionskommunen verfassungsrechtlich absichern wolle. Diese Entscheidung habe man vor Ort natürlich sehr positiv aufgefasst, zumal es hier ja auch im Vorfeld einen fraktionsübergreifenden Konsens gegeben habe. Aktuell sei es so, dass Gespräche geführt würden, er selber, so Herr Ringelsiep, habe bislang aber noch keine Schnittmenge zwischen dem Land Nordrhein-Westfalen und dem Bund erkennen können. Konkrete Informationen zum weiteren Fortgang seien bislang nicht erhältlich, so dass alles Gehörte derzeit in diesem Punkt noch rein spekulativ sei.

Bereits in der letzten Sitzung des Ausschusses habe er darauf hingewiesen, dass man beim Arbeitsmarktprogramm für das Jahr 2008 umsteuern musste. Hintergrund sei bekanntlich die unsägliche Diskussion um die sog. „sonstigen weiteren Leistungen“ und die hierzu erlassene Arbeitsanweisung gewesen. Mittlerweile seien die neuen Programme angelaufen und entwickelten sich auch überwiegend positiv. Sehr erfreulich sei dabei insbesondere der „Beschäftigungspakt für Ältere“, mit dem man einen bundesweiten Spitzenplatz im Hinblick auf die Integration auf dem Arbeitsmarkt erreichen konnte. Hier hoffe man nun, kurzfristig die Folgebewilligung zu erhalten. Was in dieser Region nicht funktioniere, sei das Programm „Job-Perspektive“. Auf diese Thematik wolle er aber zu einem späteren Zeitpunkt noch einmal eingehen, so Herr Ringelsiep.

Im September werde man damit beginnen, das Arbeitsmarktprogramm 2009 im Beirat zu erörtern. Er hoffe, dass man sich dort erneut darauf verständigen werde, einen Arbeitskreis zu bilden, um darin die vorgenannte Programmatik für das kommende Jahr einvernehmlich zu erarbeiten. In dem Zusammenhang wolle er auch darauf hinweisen, dass es einen zweiten Referentenentwurf des Bundesarbeitsministeriums gebe, mit dem Ziel, sowohl das Sozialgesetzbuch II als auch das Sozialgesetzbuch III zu modifizieren. Auf Grund noch bestehender Unklarheiten müsse man derzeit noch etwas zweigleisig arbeiten bzw. planen.

Hinsichtlich der Personalentwicklung habe man im ersten Halbjahr eine gesteigerte Dynamik feststellen können. Unmittelbar nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes hätten sich vermehrt Kolleginnen und Kollegen, zumeist kommunale Beschäftigte, aus der ARGE heraus wegbevorzugt. Mit der Einigung zwischen Bund und Ländern bestehe Zuversicht, dass sich die Situation wieder entschärfen werde. Wichtig sei, den Mitarbeitern Sicherheit zu geben. Sein Ziel sei es, so der ARGE-Geschäftsführer, bereits in der nächsten Trägersitzung einen Personalhaushalt einzubringen, um damit auch ein positives Signal an die Mitarbeiter zu senden. Hierzu werde es aber auch zeitgerecht noch weitere Informationen geben.

Herr Nadolski-Voigt weist zum Abschluss darauf hin, dass es in der Thematik weiterhin viel Diskussionsbedarf gebe.

Die Mitglieder des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Familie nehmen den Bericht des Geschäftsführers der ARGE zur Kenntnis.

## **Punkt 2.2**

123/08

Regionale arbeitsmarktpolitische Kompetenz sichern und ausbauen;

Antrag der SPD-Fraktion vom 07.08.2008

### **Erörterung**

Frau Lindstedt stellt den Antrag der SPD-Fraktion vor. Ziel dieses Antrages sei es, die lokalen Bildungsträger zu stärken und sicherzustellen, dass die speziellen Anforderungen im Kreis Unna auch weiterhin bedienbar gemacht würden. Insofern bitte sie im Namen ihrer Fraktion um Unterstützung.

Für die CDU-Fraktion teilt Frau Giedinghagen mit, dass man dem Antrag derzeit nicht zustimmen könne. Zunächst müsse abgewartet werden, wie sich die Situation bei den Arbeitsgemeinschaften und Optionskommunen entwickeln werde, um anschließend das Optimum für die Betroffenen herbeizuführen.

### **Beschluss**

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Familie empfiehlt dem Kreisausschuss, dem Kreistag vorzuschlagen, dem Antrag „Regionale arbeitsmarktpolitische Kompetenz sichern und ausbauen“ zu folgen.

### **Abstimmungsergebnis**

mehrheitlich zugestimmt (bei 8 Gegenstimmen der CDU-Fraktion und 1 Enthaltung der FDP-Fraktion)

### **Punkt 3**

Gesetz zur Umsetzung der Föderalismusreform auf dem Gebiet des Heimrechts

Vorstellung der Eckpunkte des Gesetzes über das Wohnen mit Assistenz und Pflege in Einrichtungen (Wohn- und Teilhabegesetz)

- mündlicher Bericht der Verwaltung -

### **Erörterung**

Herr Risse stellt die Neuordnung des Heimrechts in Nordrhein-Westfalen anhand einer Präsentation (**als Anlage 2 der Niederschrift beigefügt**) vor und geht dabei insbesondere auf die Eckpunkte des Gesetzes über das Wohnen mit Assistenz und Pflege in Einrichtungen (Wohn- und Teilhabegesetz) ein, welches zum 01.01.2009 in Kraft treten werde.

Die Aussage des Landes sei, dass sich die Aufgabenwahrnehmung gegenüber dem bisherigen Verfahren nicht ändern werde; Veränderungen seien ausschließlich beim Aufgabentypus zu erwarten. Die Entwicklungen seien jedoch sehr sorgfältig im Auge zu behalten. Es werde, so die Einschätzung der kommunalen Spitzenverbände, zu Mehrbelastungen kommen. Sollte dieses eintreten, werde man unter Verweis auf das Konnexitätsprinzip versuchen, Kostenerstattung gegenüber dem Land durchzusetzen.

Herr Sparbrod ergänzt, dass aufgrund der zusätzlichen Aufgaben voraussichtlich mehr Personal benötigt werde und in dem Zusammenhang aller Voraussicht nach auch ein Antrag zum Stellenplan gestellt werde.

Zum Abschluss geht Herr Risse noch einmal kurz auf Fragen der Ausschussmitglieder ein.

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Familie nimmt den Bericht zur Kenntnis.

#### **Punkt 4**

RAA

Vorstellung des Projektes „Zum Lesen geboren“

- mündlicher Bericht der Verwaltung -

#### **Erörterung**

Frau Raupach berichtet über das Projekt „Zum Lesen geboren“ und weist darauf hin, dass dieses Programm ursprünglich 1999 unter dem Namen „Nati per leggere“ in Italien ins Leben gerufen worden sei. Das Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration (MGFFI) des Landes Nordrhein-Westfalen habe sich dann an die RAA gewandt und angefragt, ob man die Möglichkeit sehe, ein mehrsprachiges Leseförderprogramm zu entwickeln.

Die Leiterin der RAA geht im Weiteren anhand einer Präsentation (**als Anlage 3 der Niederschrift beigefügt**) auf die Schwerpunktbereiche ein. Besonders freue sie sich darüber, dass das Projekt im November beim Integrationskongress NRW in Solingen mittels eines Kurzfilmes vorgestellt werde. Für das Jahr 2009 wolle man beim Ministerium einen Antrag auf Weiterführung des Projektes stellen. Darüber hinaus sei auch eine Ausweitung des Netzwerkes geplant und eine Erweiterung auf zusätzliche Kommunen im Kreis Unna.

Die Ausschussmitglieder nehmen den Bericht zur Kenntnis.

#### **Punkt 5**

122/08

Zukunft der Arbeitslosenzentren im Kreis Unna;

Antrag der SPD-Fraktion vom 05.08.2008

#### **Erörterung**

Der Antrag der SPD-Fraktion wird von Frau Lindstedt erläutert. Aus Sicht ihrer Fraktion sei der Stellenwert der Arbeitslosenzentren ein anderer, als dies beispielsweise beim Angebot der ARGEn oder der Agenturen für Arbeit der Fall sei. Für die Betroffenen sei die Hemmschwelle bei der Inanspruchnahme offizieller Hilfestellungen oftmals wesentlich höher. Natürlich sei man sich bewußt, dass man weder als Kreis noch als Kommune wegfallende Landesmittel kompensieren könne. Auf Grund der Bedeutung der Angelegenheit bitte man nun um Unterstützung, um die Landesregierung möglicherweise noch zu einem Umdenken bewegen zu können.

Herr Sparbrod weist in dem Zusammenhang darauf hin, dass der zuständige Ausschuss beim Land bereits am morgigen Vormittag zur abschließenden Beratung zusammentreten werde. Wenn man also noch versuchen wolle, etwas zu bewegen, könne man nicht bis zum nächsten Kreistag warten, sondern müsse sich kurzfristig heute Abend noch schriftlich an das Ministerium richten.

Im Grunde unterstütze die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den Antrag, da solche Stellen dringend notwendig seien und oftmals auch einen Pool von Wissen und Fachkenntnis beinhalten würden, so Frau Wentzek. Allerdings habe sie nur geringe Hoffnung, dass die bisherige Finanzierung aufrecht erhalten werde.

Die CDU-Fraktion, so Frau Giedinghagen, sehe zwar auch das Problem, vertrete aber die Ansicht, dass eine Resolution an dieser Stelle nicht weiterhelfe. Die Wirklichkeit sehe nun einmal anders aus. Der Landesregierung stünden für die aktuelle Förderphase anstelle von 1,1 Milliarden Euro nur noch 684 Mio. Euro zur Verfügung. Dieses bedeute nun einmal, dass es Einschnitte geben müsse. Ähnlich wie bei Privatleuten auch, müsse man seine Ausgaben entsprechend neu ordnen und versuchen, das Wirksamste dabei herauszuholen. Im Übrigen sei der Referentenentwurf bereits seit März 2007 bekannt und es habe genügend Möglichkeiten gegeben, Umstrukturierungen vorzunehmen.

Herr Nadolski-Voigt teilt mit, dass es normalerweise nie zu spät sei, ein Signal zu setzen. Die landes- und arbeitsmarktpolitischen Entwicklungen seien schon seit vier oder fünf Jahren nicht mehr nachvollziehbar und immer mehr Aufgaben und auch Kosten werden auf den kommunalen Bereich abgewälzt. Man müsse auch in der Perspektivdiskussion deutlich machen, dass es so nicht weitergehe und diese grundsätzliche Thematik auch weiter diskutieren.

Frau Schwarz teilt mit, dass die Arbeitsgemeinschaften durchaus Möglichkeiten hätten, ein solches Angebot sicher zu stellen und weist als Beispiel auf die ARGE Mönchengladbach hin. Auch der psychosoziale Bereich könne aus ihrer Sicht durch Kooperation abgedeckt werden.

Herr Diekmännken weist darauf hin, dass es im konkreten Fall um den Wegfall der Sachkostenförderung gehe. Eine institutionelle Förderung könne keine ARGE erbringen. Sicherlich gebe es die Möglichkeit, Produkte auszuschreiben, die auf Arbeitslosenzentren zugeschnitten seien und die von diesen erbracht werden könnten. Dann befinde man sich aber im vergaberechtlichen Wettbewerb und die Arbeitslosenzentren könnten sich nicht sicher sein, den Zuschlag zu erhalten. Da man dann immer in einem Abhängigkeitsverhältnis stehe, werde es auch nie Finanzierungssicherheit geben. Natürlich sei es auch so, dass die ARGEn selber Beratungsleistungen anbieten würden, dieses jedoch nach einem anderen Prinzip. Hier stehe der Grundsatz „Fördern und Fordern“ im Vordergrund und hier seien auch Sanktionsmöglichkeiten gegeben.

Aufgrund der Tatsache, dass der Ausschuss des Landtages bereits am morgigen Tage zur abschließenden Beratung zusammen komme, verständigt man sich nach längerer Diskussion darauf, den Antrag der SPD-Fraktion dahingehend zu modifizieren, anstelle eines Kreistagsbeschlusses eine Entscheidung des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Familie herbeizuführen. Bei einem positiven Votum werde man den Beschluss des Ausschusses noch heute per Fax an das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes NRW weiterleiten.

### **Beschluss**

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Familie beschließt, dem angepassten Antrag der SPD-Fraktion zuzustimmen.

## **Abstimmungsergebnis**

mehrheitlich zugestimmt (bei 8 Gegenstimmen der CDU-und FDP-Fraktion sowie einer Enthaltung der CDU-Fraktion)

## **Punkt 6**

121/08

Charta der Rechte hilfe- und pflegebedürftiger Menschen;

Antrag der SPD-Fraktion vom 05.08.2008

## **Erörterung**

Frau Lindstedt stellt den Antrag der SPD-Fraktion vor und geht noch einmal kurz auf die Hintergründe ein.

Für die CDU-Fraktion sei es selbstverständlich, so Frau Giedinghagen, dass jeder Mensch ein Recht auf würdevolle und gute Pflege von der Geburt bis zum Tode habe. Gerade auch im Hinblick auf die demografische Entwicklung zeige sich die Bedeutung der Thematik. Es gebe im Kreis Unna bereits einige Einrichtungen, die diese Ziele auch wahrnehmen würden. Hinsichtlich der Unterzeichnung der Charta vertrete man aber die Ansicht, dass der Landrat diese hätte durchaus schon unterschreiben können. Viel wichtiger sei es, wenn die Wohlfahrtsverbände die Unterzeichnung vollziehen würden, da diese auch den direkten Kontakt zu den Pflegenden hätten. Insofern sehe man nicht unbedingt die Notwendigkeit, dem Antrag zu folgen.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fasse den Antrag so auf, dass man dadurch diese wichtige ethische Diskussion in die Öffentlichkeit tragen wolle, erklärt Frau Wentzek. In den Leitzielen der Wohlfahrtsverbände seien diese sowieso enthalten. Aufgrund der Bedeutung dieses Themas und der Notwendigkeit, einen breiten gesellschaftlichen Konsens herbei zu führen, werde man den Antrag unterstützen.

## **Beschluss**

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Familie empfiehlt dem Kreisausschuss, dem Kreistag folgenden Beschluss vorzuschlagen:

Der Landrat wird beauftragt, die Charta der Rechte hilfe- und pflegebedürftiger Menschen zu unterzeichnen. Damit dokumentiert der Kreis Unna, dass er sich für die Umsetzung der von der Bundesregierung getragenen Charta der Rechte hilfe- und pflegebedürftiger Menschen einsetzt und das bisherige erfolgreiche Engagement in diesem Arbeitsfeld fortsetzt. Die Unterzeichnung soll anderen Institutionen, Trägern von Diensten und Einrichtungen, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und sozial Engagierten im Kreis Unna weiter Mut machen, sich mit den Rechten hilfe- und pflegebedürftiger Menschen un der Ausgestaltung würdevoller Pflege aktiv auseinander zu setzen. Allen Anbietern ambulanter und stationärer Pflegedienste wird ebenfalls die Unterzeichnung der Charta empfohlen. Dem zuständigem Fachausschuss wird regelmäßig Bericht erstattet.

## **Abstimmungsergebnis**

mehrheitlich zugestimmt (bei 4 Gegenstimmen der CDU-Fraktion)

## **Punkt 7**

120/08

Richtlinien zur Gewährung angemessener Heizkosten nach dem SGB II und SGB XII

## **Erörterung**

Herr Sparbrod erklärt, dass die Richtlinien aufgrund gerichtlicher Entscheidungen punktuell angepasst werden mussten. Es gehöre mittlerweile dazu, die Gesamtsituation der Wohnungen und hier verstärkt auch energetische Aspekte zu berücksichtigen. In dem Zusammenhang habe man beispielsweise bereits Gespräche mit der UKBS geführt. Es handele sich um eine neue Situation, die es nun zu erproben gelte. Ziel sei es, die Anzahl der Widersprüche und auch Klagen deutlich zu reduzieren. Hinsichtlich einer möglichen Kostenentwicklung verweise er im Wesentlichen auf den Vorlagentext.

Aufgrund der Urteile der Sozialgerichte sei man in einer Situation, die so kommen musste, so Frau Wentzek aus Sicht der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Nun sei es auch wichtig, eine Konzeption zu entwickeln, wie man zukünftig sinnvolle Energiesparmaßnahmen durchsetzen könne, um dadurch die hohen Heizkosten senken zu können.

Hoffnung der CDU-Fraktion sei, so Frau Giedinghagen, dass durch die Neufassung der Richtlinien eine gerechtere und bessere Lösung herbeigeführt werden könne.

Auch im Hinblick auf die ungewisse Entwicklung der Energiepreise müsse man sich zukünftig vermutlich immer auf neue Situationen einstellen, so Herr Nadolski-Voigt. Daher sei es wirklich ratsam, wie auch von Frau Wentzek dargelegt, neue Wege zu beschreiten.

Frau Gebhard wirft ein, dass es eine Kommune in Deutschland gebe, die Arbeitslose durch die Mithilfe des BUND zu Energieberatern ausbilde. Dadurch sei die Möglichkeit gegeben, an der Quelle der Kosten Einfluss zu nehmen. Herr Sparbrod weist hierzu auch auf Angebote der Verbraucherzentrale bzw. der Verbraucherberatung hin.

## **Beschluss**

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Familie empfiehlt dem Kreisausschuss, dem Kreistag folgenden Beschluss vorzuschlagen:

Der Neufassung der Richtlinien zur Gewährung angemessener Heizkosten nach dem SGB II und SGB XII wird zugestimmt.

## **Abstimmungsergebnis**

einstimmig zugestimmt

## **Punkt 8**

114/08

Zuschuss zur Unterstützung modellhafter Sozialarbeit

### **Erörterung**

Herr Sparbrod weist hinsichtlich des Sachverhaltes auf die vorliegende Sitzungsvorlage Nr. 114/08 hin. Eine finanzielle Unterstützung über einen Zeitraum von zwei Jahren, wie zunächst beantragt, sei aufgrund der Förderpraxis nicht möglich. Mit dem Antragssteller habe man diesbezüglich aber auch Gespräche geführt.

### **Beschluss**

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Familie unterstützt die Arbeit des Ambulanten Kinderhospizdienstes Kreis Unna und Hamm hinsichtlich der Begleitung und Unterstützung von Familien mit Kindern, die lebensverkürzend erkrankt sind, in ihrem häuslichen Umfeld durch einen einmaligen zweckgebundenen Zuschuss in Höhe von 2.000 €.

### **Abstimmungsergebnis**

einstimmig zugestimmt

## **Punkt 9**

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

### **1. Kosteneffekte der Arbeit der Pflegeberatung der Verbraucherzentrale NRW für den Kreis Unna**

#### **Mitteilung von Herrn Sparbrod**

Herr Sparbrod weist auf die verteilte Broschüre zu der Arbeit der Pflegeberatung hin, die auf die Jubiläumsveranstaltung aus dem vergangenen Jahr zurückgehe, und die mit Zahlen aus dem Kreis Unna angereichert worden sei.

### **2. Klageverfahren im Rahmen der Leistungsgewährung nach den Sozialgesetzbuch II**

#### **Anfrage von Frau Giedinghagen**

Auf Nachfrage von Frau Giedinghagen, ob es eine Übersicht gebe, wie viele Klageverfahren im Rahmen der Leistungsgewährung gegenüber dem Kreis anhängig seien, teilt Herr Sparbrod mit, dass diese Zahlen zunächst zusammengetragen werden müssten. Dieses Thema wolle er gerne aufgreifen und entweder in der kommenden Ausschusssitzung oder aber in den Arbeitskreisen kurz darüber berichten.

Weitere Mitteilungen der Verwaltung oder Anfragen ergeben sich nicht.

Ende der Sitzung: 18.30 Uhr

Anlage

1. Nordhand eG – Ein Mikrofinanzmodell für die Dortmunder Nordstadt – Präsentation der Wirtschaftsförderung der Stadt Dortmund
2. Präsentation des Fachbereiches Arbeit und Soziales zur Neuordnung des Heimrechts in NRW
3. Zum Lesen geboren – Vorstellung des Projektes der RAA

Nadolski-Voigt

Vorsitzender

Vertgewall

Schriftführer